



UvA-DARE (Digital Academic Repository)

Vitalisierung der Parteiendemokratie: eine Diskussion mit Fleur de Beaufort, Warnfried Dettling, Franz Müntefering und Ton Nijhuis

de Beaufort, F.; Dettling, W.; Müntefering, F.; Nijhuis, A.J.J.; Münch, J.

Published in:

Wandel der Parteiendemokratie und Populismus: NRW-Forum: Zukunft Demokratie

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

de Beaufort, F., Dettling, W., Müntefering, F., Nijhuis, T., & Münch, J. (2012). Vitalisierung der Parteiendemokratie: eine Diskussion mit Fleur de Beaufort, Warnfried Dettling, Franz Müntefering und Ton Nijhuis. In L. A. Jendryschik (Ed.), *Wandel der Parteiendemokratie und Populismus: NRW-Forum: Zukunft Demokratie* (pp. 79-107). Düsseldorf: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

General rights

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

Disclaimer/Complaints regulations

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <http://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.

Wandel der Parteiendemokratie und Populismus

NRW-Forum: Zukunft Demokratie

Impressum

Herausgeberin

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.politische-bildung.nrw.de

Redaktion

Lydia Anita Jendryschik

Lektorat und Satz

Barbara Handke
www.centralbuero.de

Druck

N.N.

Bildnachweis

Coverbild: @ photocase.com/kallejipp
Rückseite: Herbert Cormann
Innenteil: Philipp Sanke, Ulrike Scharfenberger, Roland Zerwinski

Vitalisierung der Parteiendemokratie

*Eine Diskussion mit Fleur de Beaufort,
Warnfried Dettling, Franz Müntefering und Ton Nijhuis*

Moderation: Julitta Münch

Die Tagung „NRW-Forum: Zukunft Demokratie – Wandel der Parteiendemokratie und Populismus“ am 18. November 2011 wurde mit dem Plenum „Vitalisierung der Parteiendemokratie“ abgeschlossen. Dem Mitschnitt sind die wesentlichen Positionen der Teilnehmenden vorangestellt.

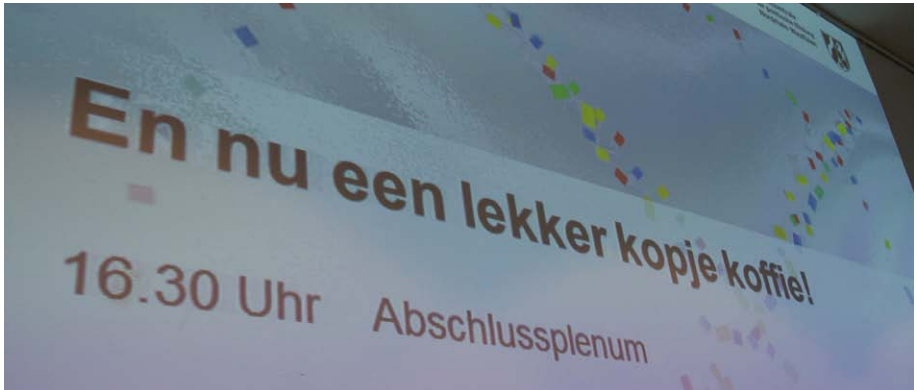
Für *Fleur de Beaufort* liegt die Schwäche der Volksparteien vor allem darin begründet, dass sie ihr Profil verloren haben. Eine Belebung der Demokratie wäre demnach über klarere Positionen der Parteien und ihre Abgrenzung voneinander zu gewährleisten. Hinzukommen müssten allerdings mehr Bürgernähe und Diskussionsfreude – auch über unliebsame Themen, die in den Niederlanden aktuell von den populistischen Parteien besetzt werden.

Warnfried Dettling erklärt die Krise der Volksparteien damit, dass sich die Bedingungen für die Demokratie mit den neuen, technischen Kommunikationsmitteln grundlegend verändert haben. Gleichzeitig hätten die großen Parteien zu stark Klientelinteressen vertreten, statt dem Gemeinwohl zu dienen, wodurch sie sich unglaubwürdig gemacht hätten. Heute müsste die repräsentative Demokratie mit Formen der direkten Demokratie ergänzt werden; mehr Leidenschaft für Politik würde die Demo-

kratie zwar beleben, doch ist die Idee, zu diesem Zweck populistische Themen aufzugreifen, der falsche Weg.

Franz Müntefering sieht die geringere Bindungskraft der Volksparteien als Folge der gestiegenen Mobilität, des höheren Tempos und der Globalisierung an. Für ihn sind die Fragen zentral, wie die Demokratie unter den neuen Bedingungen organisiert werden kann und was sie braucht, damit sich die Menschen mit ihr identifizieren. Vor allem brauche es neue Formen des Zusammenwirkens und der Kommunikation zwischen den Bürgern und ihren Vertretern.

Ton Nijhuis beobachtet die Parteienlandschaft in den Niederlanden mit Besorgnis. Er macht die Parteien für die zugespitzte Lage verantwortlich, weil sie die Fragen der Bevölkerung nicht wahrnehmen würden. Heute könnten die Volksparteien ihrer repräsentativen Aufgabe und der Organisation des Staates nicht mehr nachkommen, da ihre Infrastruktur dafür nicht ausreichen würde. Vor allem das europäische Projekt müsse mit einer zukunftsweisenden Sprache lanciert werden, um die Demokratie wieder lebendiger zu gestalten.



Münch: Zu Beginn möchte ich die beiden Leiter der Diskussionsrunden¹ Hans Wupper und Ton Nijhuis bitten, kurz zusammenzufassen, was für Sie ganz subjektiv an wichtigen Punkten in diesen beiden Gesprächsrunden passiert ist.

Wupper: Das Thema in unserer Runde war, warum die Volksparteien ihre Orientierungsfunktion verlieren. Insofern ging es eigentlich nicht um Populismus. Aber wir waren sofort in der Populismus-Debatte drin. Das war für mich einer der wichtigsten Effekte. Ich bin in einer Welt groß geworden, da gab es Demokraten und Extremisten. Die Populisten sind keine Extremisten mehr im klassischen Sinne. Sie leben nicht von geschlossenen Weltbildern, sondern sie sprechen Dinge an, die für einen ganz erheblichen Teil der Bevölkerung durchaus eine Relevanz haben. Wir hatten ein Kriterium, über das

1 Die beiden Diskussionsrunden, Panel 1 und Panel 2, fanden zeitgleich am Nachmittag der Tagung statt. Panel 1 befasste sich mit dem Thema: „Was begründet die schwindende Orientierungsfunktion der Volksparteien?“ Die Impulsreferate hielten Thomas Poguntke und Paul Dekker (S. 27 und 49 in diesem Band). Panel 2 war der Frage gewidmet: „Welche Schwächen der etablierten Parteien nutzen die Populisten?“ Die Impulsreferate übernahmen René Cuperus und Viola Neu (S. 63 und 39 in diesem Band).

ich mich stark gewundert, aber fast auch gefreut habe: Es kam irgendwann das Argument, die Populisten, die fordern doch etwas, was sehr populär ist, aber das doch sowieso nicht geht. Und das war eines der schwierigsten Abgrenzungskriterien. Mit diesem Argument waren wir wieder bei unserem eigentlichen Thema, denn wir hatten ja die Großparteien oder Volksparteien, wie immer wir sie nennen wollen, im Fokus. Es gibt Entsprechungen auf der anderen Seite. In der etablierten Politik hat sich ziemlich stark eingebürgert, davon zu sprechen, eine Entscheidung sei alternativlos. Und bei allem Verständnis, das ist oft eine Dethematisierungsstrategie. Wenn populistische Parteien etwas ansprechen, dann kann das durchaus ein Verdienst sein, aber wie sprechen sie es an?

Münch: Können Sie darauf antworten?

Wupper: Ja, wir sind dann in eine Debatte gekommen. Wie funktioniert Demokratie, wenn es nicht viel zu ver-



teilen gibt, wenn kein Schönwetter ist, wenn man unter Ressourcenzwängen steht, wenn man mit Dilemmata umzugehen hat, dann wird es schwierig. Das schönste Beispiel, dummerweise nicht in unserer Arbeitsgruppe, sondern bei Herrn Nijhuis, war eine Dethematisierung in den Niederlanden. Es ging um Euro und Gulden.

Münch: Das kann er gleich erzählen. Wie lautet Ihr Fazit für das Panel 1?

Wupper: Für mich ist eigentlich das Wichtigste, dass wir wieder darüber nachdenken müssen, wie wir aus der Oberflächendemokratie herauskommen. Demokratie ist die Lebensform, in der alle Leute eine Chance haben zu überleben, also auch die, die unterliegen.

Münch: Ich danke Ihnen. Herr Nijhuis, was erbrachte die Diskussion in Panel 2?

Nijhuis: Wie fasst man so etwas zusammen? Wir leben in zwei verschiedenen Ländern, aber wir leben auch in zwei verschiedenen Welten, wenn es um Parteipolitik geht. Wir haben einen Bericht von Dr. Viola Neu gehört, der die Lage in Deutschland eigentlich sehr positiv darstellte: Es gibt kein populistisches Virus in Deutschland, das irgendwie gefährlich wäre und die Parteien sind ziemlich effektiv. In den Niederlanden ist die Lage dagegen katastrophal. Die großen Volksparteien sind in den Umfragen zusammen kleiner als eine einzelne populistische Partei. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Bürger an die etablierten Parteien zu binden. René Cuperus hat dafür einige Gründe genannt, wie das Unvermögen von Parteien, Sicherheit zu produzieren, und das Unvermögen, die zweite Moderne irgendwie zu lenken. Die Parteien und die Regierungen müssen den Bürgern mehr und mehr zumuten, statt dass die Fragen der Bevölkerung in Politik umgesetzt werden würden. Die Parteien *regieren* nicht –



sie *reagieren* nur, und diese Zumutung ist für viele Bürger zu viel. Dann haben wir auch über Populismus, bei uns war er schon im Thema, gesprochen und festgestellt, dass Populismus erstens nicht unbedingt mit Extremismus zu tun hat, dass das unterschiedliche Kategorien sind, die man nicht vermischen oder verwischen sollte. Zweitens bedeutet Populismus heutzutage auch nicht, dass man antidemokratisch ist. Eher ist er eine Art von Politikbetreiben, die das Gefühl der Menschen ausnutzt, dass die Politiker nicht mehr für die Bevölkerung da sind.

In Deutschland gibt es keine populistischen Parteien, zumindest auf Bundesebene und auf Landesebene scheitern sie ziemlich schnell. Es gibt auch keine charismatischen Parteiführer, die jetzt oder in naher Zukunft in der Lage wären, eine solche Partei zu gründen und 20 % der Bevölkerung hinter sich zu bekommen. Eigentlich könnte man da sehr zuversichtlich sein. In Holland ist das anders. Die Parteien sind zu technokratisch, wie wir es auch in Griechenland und Italien sehen, wo die Technokraten an der Macht sind und nicht mehr die Politiker. Das ist eine Depolitisierungsstrategie – der Sachzwang und die Alternativlosigkeit herrschen. Man führt überhaupt keine politische Diskussion mehr über die Frage, wo es hingehen soll. Das wird von Populisten genutzt, weil sie sagen, dass es durchaus eine Alternative gibt. Wir müssen politisieren, andererseits können wir nicht politisieren ...

Münch: Aus Angst vor Beschädigung?

Nijhuis: Ja, in Holland geht es um mehr als Beschädigung. Existenzangst könnte man schon sagen, aber letztendlich ist das Problem dann doch, dass die klassischen Volksparteien in den Umfragen jetzt unter die 10-Prozent-Grenze gefallen sind, und das macht die Lage doch etwas anders als in Deutschland.

Münch: Vielen Dank, Herr Nijhuis. Wer von Ihnen in Panel 2 war, hat Herrn Nijhuis schon kennengelernt. Ich möchte auch die anderen Podiumsteilnehmer vorstellen. Fleur de Beaufort ist vom Wissenschaftsbüro, aber vielleicht erklären Sie Ihre Arbeit kurz selbst?



Beaufort: Ich arbeite für das wissenschaftliche Büro der VVD, das ist die holländische Entsprechung zur FDP. Daneben schreibe ich Bücher und führe wissenschaftliche Untersuchungen durch, gebe Kurse, nehme an der Debatte teil und versuche immer, die Politiker ein bisschen zum Denken zu bringen und herauszufordern, damit sie auch über Themen sprechen, vor denen sie eigentlich Angst haben, sie könnten der Einheit in der Partei schaden.



Münch: Sie sind also nicht in politischer Verantwortung, aber Sie betrachten Politik aus einer sehr nahen Position.

Beaufort: Genau.

Münch: Vielen Dank, dass Sie gekommen sind. Franz Müntefering kennen Sie alle noch gut – Minister a. D. – vielen Dank auch für Ihr Kommen. Warnfried Dettling ist Politikberater und Publizist und wahrscheinlich auch vielen hier bekannt. Ich wende mich zuerst an die beiden deutschen Vertreter, der eine langjährig in der Politik tätig, der andere langjähriger Politikbeobachter. Wie sehen Sie die Aussage: „Crisis? What crisis?“²

Dettling: Ich habe ein gewisses Unbehagen, wie die Diskussion gelaufen ist. Manchmal habe ich herausgehört, wenn die Parteien ein bisschen mehr auf Draht wären, dann wäre es wieder wie früher, dann würden sie

² Dies war der ursprüngliche Titel des Beitrages von Viola Neu (S. 39 in diesem Band).

Orientierung stiften und dann hätten wir auch keinen Populismus. Ich glaube ganz einfach, dass das die gegenwärtige Lage, den sozialhistorischen Zustand der Demokratie und die künftige Entwicklung massiv verharmlost – und das ist keine solide Analyse. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Bedingungen und Voraussetzungen der Politik und der Demokratie grundlegend verändert haben, zum Beispiel dadurch, dass die Bürger heute nicht mehr nur Empfänger von Politik sind, sondern Gestalter, Mitredner, Sender. Das ist eine ganz simple Veränderung der Informations- und Kommunikationsstruktur.

Münch: Bedingt wodurch?

Dettling: Bedingt durch den Wandel der Kommunikationsstruktur, dass heute jeder und auch jede Zeitung Dialogforen macht, dass jeder nicht nur Politik hört, sondern seine Meinung zur Politik sagen kann und dass deshalb die Politik nicht mehr so funktioniert wie bisher. Ich will es einmal andersherum formulieren. Vor 60 Jahren ist eine wunderbare zweite deutsche Demokratie gegründet worden, die Bundesrepublik Deutschland, eine große Leistung, und was war die Sorge der Verfassungsväter 1949? Die Sorge der Verfassungsväter war, dass man die Gefahren der Vergangenheit nicht wiederkehren lässt. Stabile Demokratie, Kampf gegen die Verfassungsfeinde innen und außen, Kommunisten, wehrhafte Demokratie, Parteiengesetz, Artikel 21 des Grundgesetzes. Man hatte im Grunde eine stabile Demokratie sehr erfolgreich aufgebaut. Das hat aber auch dazu geführt, dass man nicht überlegt hat, was man tun kann, um die innere Erosion oder die innere Korrosion, die Verrostung der tragenden Teile der Demokratie durch schlampigen Gebrauch und durch Gedankenlosigkeit, weil man sie zu wenig pflegt, zu verhindern. Rüdiger Altman, ein konservativer Publizist, sagte, das Grund-

gesetz ist ein Misstrauensvotum gegen das Volk, diesen unberechenbaren Lümmel.

Wenn die Demokratie eine gute Zukunft haben soll, dann muss sie sich strukturell nach 60 Jahren regional und konzeptionell ausweiten. Das ist der entscheidende Punkt: Ausweiten, das heißt, wenn schon Wähler bei Wahlen immer weniger Gelegenheit haben, die Richtung zu bestimmen, ist eine ganz simple Folge der Veränderung der Parteiendemokratie, der Veränderung des Mehrparteiensystems, des Fünf-Parteien-Systems, dass man nicht mehr weiß, wer hinterher regiert. Sie haben hier in NRW eine Minderheitenregierung³ – was ist denn da so schlimm? Gar nichts, entweder hält sie fünf Jahre oder sie geht vorher in die Brüche und dann gibt es eine andere Regierung. Wir werden ungewohnte Koalitionen erleben, das ist nicht schlimm in einer Demokratie; es erhöht nur die Frustration der Parteimitglieder und der Stammwähler. Ich weiß immer weniger, wen oder was ich wähle, wenn ich am Tage der Wahl die Partei X wähle. Und wenn das so ist, dann muss man dafür sorgen, dass man zwischen den Wahlen intervenieren kann. Die verfassungspolitische Aufgabe besteht also gegenwärtig darin, die repräsentative Demokratie durch Formen der direkten Demokratie nicht zu ersetzen, sondern zu ergänzen.

Münch: Auf die Diskussion kommen wir noch.

Dettling: Wenn Sie das machen, brauchen Sie nicht über Populismus und alles reden. Die Gefahren für die Demokratie liegen woanders als in unfähigen Politikern oder populistischen Strömungen, obwohl die Boulevardisierung der Politik auch ein Thema ist, über das man diskutieren kann.

3 Zum Zeitpunkt dieser Diskussion war Hannelore Kraft Ministerpräsidentin der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen.

Münch: Danke für Ihre Einschätzung. Herr Müntefering, hier sind ja ganz schön starke Begriffe gefallen, Erosion, Korrosion, in Bezug auf die Volksparteien.



Müntefering: Der Dettling hat mir schon immer gefallen. Wir können die Diskussion gleich fortsetzen, weil ich glaube, dass er in erheblichem Maße Recht hat. Ich möchte, um in die Diskussion zu kommen, aus meiner Sicht mal eines vorweg klären. Die entscheidenden Institutionen der Demokratie sind die gewählten Parlamente und die Regierungen und die großen Gerichte. Das ist der Artikel 20. In Artikel 21 steht, dass die Parteien mitwirken. Sie sind wichtig, aber nicht das Zentrum von Demokratie. Wenn sich bei den Parteien etwas verändert, weil die Zeitläufe sich verändern, ist die Demokratie deswegen nicht kaputt, sondern man muss sie anders gestalten. Das ist keine Bescheidenheit bei mir, sondern ich bin dafür, dass wir sehr starke Parteien haben. Vielleicht unterscheiden wir uns da ein bisschen. Ich komme da gleich noch drauf, aber das muss man zunächst mal für sich klarhaben. Was ist die Veränderung, die Parteien heute zu bewältigen haben? Ich beschreibe es mit dem Stichwort Mobilität. Die Mobilität der Information, der Kommunikation, aber auch weltweit und im Lande selbst, das verändert die Bedingungen von Parteien und von Demokratie tiefgreifend. Ich bin im Ruhrgebiet zu Hause, da wurde eine Zeche gebaut, rundherum waren die Arbeiterwohnungen und ein Ortsverein. Und die sich abends trafen, konnten nur in eine Kneipe gehen, die man zu Fuß erreichen konnte, denn Autos hatten sie alle nicht. Und die sich da trafen, konnten miteinander reden, denn sie hatten ein gemeinsames Leben und gemeinsame Interessen. Heute treffen sich im Ortsverein Leute, von denen der eine Professor ist und der andere Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Tagsüber sind sie 100 km auseinander und jetzt reden sie miteinander, erstens, zweitens, aber eigentlich ohne gemeinsame Basis. Ich

bin nun ganz ausdrücklich der Meinung, Parteien sind eine segensreiche Einrichtung. Wer etwas verändern will, muss es selbst machen, aber es ist klug zu wissen, ich schaffe es nicht alleine, muss mich unterhaken können. Ich glaube, dass wir uns sehr bemühen müssen, dass das Gespräch unter Menschen nicht kaputt geht und dass wir genug Gespräche führen, weil ich nicht glaube, dass man das durch Twittern und Facebook ersetzen kann. Ich finde die neuen Instrumente ganz interessant, aber sie ersetzen nicht den gemeinsamen Streit um den richtigen Weg, um die richtige Antwort.

Ich bedanke mich für die Diskussion, die Sie hier auf die Tagesordnung gesetzt haben, aber meine Bitte ist, sich nicht übermäßig über die Parteien den Kopf zu zerbrechen. Die Frage ist doch, was braucht die Demokratie, damit die Menschen genau diese Demokratie aufnehmen und mitnehmen, und dafür sind nicht nur Parteien wichtig.

Münch: Nichtsdestotrotz ist es so, dass wir heute an einem Punkt sind, an dem wir nicht bei Null anfangen, sondern an dem politisches Agieren über das Portal der Parteien funktioniert. Vielleicht fügen Sie, Herr Nijhuis, kurz an, ob die Funktion der Parteien in den Niederlanden grundsätzlich anders ist.

Nijhuis: Zum Teil ist die Lage ähnlich, aber zum Teil auch wieder anders. Parteien sind in Deutschland und in den meisten anderen Ländern irgendwie krisenresistent, weil man Demokratie und einen Staat nicht ohne Parteien führen kann. Das bringt uns wieder zur Semantik der Alternativlosigkeit: Es gibt in der Demokratie eigentlich keine Alternative zu Parteien. Selbst Diktaturen benutzen Parteien, manchmal eine, manchmal noch eine zweite dazu, um den Schein von Mehrparteilichkeit zu wahren, aber wir brauchen diese Parteien, um das Ganze zu organisieren. Und man kann dazu sagen, und das ist

nicht so bescheiden, dass die politischen Parteien das Geschäft monopolisiert haben. Wer verteilt die Posten in der Politik und in den nichtstaatlichen Organisationen? Das sind die Parteien, so haben wir eine Situation, in der letztendlich der Staat und alles, was um ihn herum an Organisation entwickelt worden ist, von Parteien organisiert wird. Und das bedeutet, dass das alternativlos ist und dass die Parteien noch immer eine zentrale Rolle spielen. Der Unterschied zwischen Holland und Deutschland ist, dass bei uns Parteien sehr klein und nicht präsent sind. Sie haben kein Geld, ein Parteibüro hat vielleicht 10, 20 Mitarbeiter, aber es ist im Vergleich zu Deutschland sehr klein. Wir haben keine 5-Prozent-Klausel, so dass es für Newcomer sehr viel einfacher ist, die politische Arena zu betreten. In Deutschland, wo Parteien groß und stark sind und man die föderale Struktur hat, ist es für neuere Parteien sehr viel schwieriger, auch einen „Platz an der Sonne“ zu bekommen. In den Niederlanden ist man dagegen in die Situation geraten, dass die etablierten Parteien eigentlich keine Infrastruktur mehr haben und außerdem von den anderen, neu gegründeten Parteien überholt werden. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt in einer Lage sind, in der Parteien eigentlich kaum noch diese Funktion vom Führen eines Staates organisieren können. Denn es gibt zu viele, und es gibt auch zu viele Schwankungen innerhalb dieser Parteien bei den unterschiedlichen Wahlen.

Müntefering: Sie hatten gerade gesagt „Führung des Staates“, Parteien führen den Staat nicht. Das geht über Wahlen. Mir ist das schon ganz wichtig, dass wir klären, über was wir miteinander sprechen. Es gibt in Deutschland auch manche, die glauben, aus der Parteizentrale heraus wird die Politik gemacht, aber es ist nur eine Dienstleistung, die die Parteien zu erbringen haben. In Deutschland wurde uns 1948/49, Herr Dettling hat es eben angesprochen, die Demokratie übergestülpt.

Nachdem Morgenthau nicht kam, sondern Marshall, wurde gesagt, jetzt seid ihr Demokraten. Es waren Gott sei Dank genügend Leute da, die das vernünftig organisiert und begonnen haben. Gleichzeitig mit dem Grundgesetz wurde auch die D-Mark eingeführt, das war ein sehr guter Zusammenhang, in dem Wohlstand und Demokratie ganz eng beieinander gewachsen sind. Aber ich sage an der Stelle: Wir sollten uns keine Illusionen über die Festigkeit unserer Demokratie machen. Die Parteien müssen eine Politik der Nachhaltigkeit machen, die auf 20, 30 Jahre angelegt ist, aber in zwei Jahren ist Wahl. Das ist das Problem, in dem die Parteien stecken. Wie bekomme ich die Glaubwürdigkeit, dass die Menschen wissen, ich mache das Bestmögliche daraus und zwar nachhaltig? Im Moment ist quer durch alle Parteien in Deutschland die wichtigste Frage, wie kriegen wir diesen Finanzkapitalismus in den Griff? Da können die Parteien nicht mehr kleinkariert gegeneinander agieren, wie vor 20 oder 40 Jahren. Das ist eine ganz neue Dimension, und da werden wir vieles neu aufstellen müssen. Wenn wir Demokratie wollen, was müssen wir dafür tun? Wir brauchen eine neue Bescheidenheit, eine neue Bereitschaft des Zusammenwirkens miteinander, wir brauchen gute Leute. Die Parteiprogramme sind noch nie entscheidend gewesen. Entscheidend war immer, ob da vorne Leute sind, die erkannt haben, wie man Politik machen muss und wie man gestalten muss. Jetzt wird sich vieles verändern, und andere Formen von demokratischer Einflussnahme werden ein größeres Gewicht bekommen.

Münch: Was heißt das denn für die Frage der Orientierung, die ja in beiden Panels eine ganz wichtige und wesentliche Rolle gespielt hat? Niemand hat von Anfang an die Wahrheit auf seiner Seite. Und Parteien bieten die Chance, miteinander zu diskutieren und den richtigen Weg zu finden.

Müntefering: Die politische Bildung der Mitglieder in demokratischen Parteien in Deutschland ist besser als im Durchschnitt der Bevölkerung. Die dabei sind, die wissen, wovon sie reden. Viele gute Leute stellen Gott sei Dank noch den Kitt her im kommunalen Bereich und im Landes- und im Bundesbereich. Die Parteien müssen sich nicht verstecken.

Münch: Verstehe ich Sie richtig, deshalb die Wichtigkeit der Parteien? Müssen es die großen Volksparteien sein, brauchen wir noch eine SPD ohne Arbeiter oder eine CDU in einer säkularisierten Gesellschaft?

Müntefering: In dem einen Panel gab es den Streit um Volksparteien, ja oder nein, das sehe ich nirgendwo im Grundgesetz festgelegt.

Münch: Großparteien ist ja ein anderer Begriff, der fiel.

Müntefering: Nein, ich bin für Volksparteien. Es mag in den Niederlanden anders sein, doch eine Volkspartei ist für mich eine Partei, die das Ganze in die Verantwortung nimmt. Und das ist die Verantwortung für das ganze Land, für ökonomischen Erfolg, für ökologische Vernunft, für soziale Stabilität und Gerechtigkeit, alles. Das gestehe ich der CDU/CSU zu, das nehme ich für die Sozialdemokraten in Anspruch und die Grünen sind gerade dabei, Volkspartei in diesem Sinne zu werden. Partikularinteressen sind das Gegenteil davon. Das sind Leute, die machen ein Pünktchen, wie das bei den Grünen war und nicht mehr ist und wie das bei den Piraten jetzt ist.

Münch: Jetzt ist die FDP ganz unter den Tisch gefallen, Ihre FDP, Frau Beaufort.

Beaufort: Also, meine VVD dann. Ich denke, es ist sehr wichtig, auf jeden Fall in den Niederlanden, dass eine

Partei sich richtig zu ihrer Ideologie verständigt und den Leuten sagt, das ist unsere Ideologie, dafür stehen wir und das sind die Unterschiede zwischen den drei großen Volksparteien SPD, FDP und CDU. Ich nenne jetzt die deutschen Parteien, das ist einfacher. In Holland sieht man, dass der Unterschied zwischen den drei Parteien schon sehr lange eigentlich nicht mehr da war, das war alles so ein bisschen graue Mitte, man hätte sie austauschen können. Jede der drei großen Parteien hat nach einem großen Verlust immer nach ihrer eigenen Ideologie gesucht. Und bei der nächsten Wahl hat man dann gesehen, dass das auch für Gewinne gesorgt hat. Ich denke auch, dass die eher populistischen Parteien keine genaue Ideologie haben. Es ist eine Herausforderung für die etablierten Parteien, zu erklären, was ihre Ideologie ist, wofür sie stehen.

Nijhuis: Einen Punkt möchte ich gerne aufgreifen. Sie haben völlig Recht, Herr Müntefering, dass die Mitglieder



und die aktiven Mitglieder der Parteien meistens gut ausgebildet sind, wissen, wovon sie reden, und darauf können wir nicht verzichten.

Was wir aber in den Niederlanden mehr als in Deutschland sehen, ist, dass der Unterschied in der Mitgliederpartei zwischen den Mitgliedern und Wählern so enorm groß geworden ist, dass wir die Wähler nicht mehr erreichen. Die CDA zum Beispiel, die der deutschen CDU entspricht, ist in ihren Hochburgen Limburg und Brabant unter 15 % gefallen, und ein populistischer Geert Wilders erhält über 30 %. Wilders Wähler dort sind die alten Mitglieder der CDA. Sie gehören zum christdemokratischen Milieu oder zu der Säule, wie wir sie genannt haben. Das Problem ist jetzt, dass die Milieus nicht mehr so existieren wie früher, dass sie irgendwie nicht mehr von diesen Parteien zusammengehalten werden, dass die Integrationsfunktion nicht mehr gelingt. Die vopolitische Integration über die Kirche gibt es nicht mehr. Das macht die Parteien nicht weniger intelligent, sie können noch immer Entscheidungen treffen, aber die Bürger kommen gar nicht mehr mit, zumindest in Holland, und deshalb haben wir so ein Problem.

Münch: Also die Haftung zwischen der Partei und ihren Wählern geht verloren, nicht die zwischen der Partei und ihren Mitgliedern?

Dettling: Das ist ein Problem der Parteien, meine Güte, wenn sich die Gesellschaft ändert, dann muss die Partei sich überlegen, welche Ansprache, welche Kommunikation heute angemessen ist, damit die Leute sie verstehen. Das ist doch ganz simpel. Der wirklich wichtige Punkt ist, dass die Volksparteien so etwas wie Agenten des Gemeinwohls waren, sie haben mehr als Klientelinteressen vertreten. Wer artikuliert in unserer Gesellschaft noch Werte, Zusammenhänge, Ziele, die über die Klientel hinausgehen? Das ist die entscheidende Frage, denn die

ganze Krise, in die Europa gestürzt ist, ist ja die Folge eigentlich guter Prinzipien. Aber, wenn die Politiker nur noch an Stimmenmaximierung auf jede Weise orientiert sind und dafür jeden Preis bezahlen, geht die Demokratie vor die Hunde.

Das Eindrucksvolle war ja bei Schröder und bei Ihnen, wenn ich das so sagen darf, ganz egal, wie man über die Agenda denkt, dass Sie riskiert haben, eine Wahl zu verlieren, Wähler zu verlieren für etwas, wovon Sie überzeugt waren. Wenn niemand mehr gemeinwohlorientierte Dinge artikuliert, dann geht die Demokratie kaputt. Das heißt, es geht im Wesentlichen um die vopolitischen Grundlagen der Demokratie und Ökonomie. Wo werden in unserer Gesellschaft soziale Tugenden gelernt, wo wird gelernt, dass man über seine eigenen Interessen hinausdenkt und -handelt? Berlusconi wäre auch, wenn er 40 % organisieren würde, natürlich keine Volkspartei, sondern eine Klientelpartei. Eine Klientelpartei unterscheidet sich von einer Volkspartei darin, dass sie auf wenige guckt und deren materielle Interessen befriedigt. Die Folgen besichtigen Sie in Italien und in Griechenland. Klientelparteien haben die Demokratie ruiniert.

Und was kommt danach? Kein Populismus, keine populistische Partei, was kommt? Technokratie – das ist der entscheidende Punkt. Wenn Parteien es nicht können, dann können es aber hoffentlich die Experten und Technokraten, und das ist der große Trend, in den die Richtung geht, und Frau Merkel ist davon auch nicht ganz frei. Wenn sich die Parteien selber entlegitimieren, weil sie nicht mehr glaubwürdig das Ganze vertreten und über die Einzelinteressen hinaus, dann kommt von mir aus Populismus, aber das Naheliegende ist Technokratie, die Herrschaft des Sachzwangs. Dann stehen noch die demokratischen Fassaden, aber das demokratische Leben ist herausgerollt aus der ganzen Geschichte.

Das ist das, was der Politikwissenschaftler Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet hat: Es stehen

noch die Fassaden, aber hinter den Fassaden ist kein Leben mehr.

Münchener: Willy Brandt sagte in seiner Abschiedsrede: Wenn ihr mich fragt, was das Wichtigste ist nach dem Frieden, dann ist es die Freiheit. Und dann hat er gesagt: Wenn du eine wichtige politische Idee und eine Perspektive hast, und sie ist nicht populär, dann darfst du sie nicht beiseite legen, sondern du musst sie populär machen. Das ist das Spannungsfeld, in dem sich Politik immer bewegt, von der Kommunal- bis zur Bundes- und Europapolitik. Demokratie hat eine Schwierigkeit: Sie ist legislaturperioden- und phasenorientiert. Ich will natürlich die nächste Wahl gewinnen, und ich weiß genau, wenn ich sage „Rente 67“, geht der Daumen runter bei vielen meiner Freunde. Was macht man dann? 1972 war der Kniefall von Brandt in Warschau überhaupt nicht populär in Deutschland, fast wäre er gestürzt, als im Parlament keine Mehrheit mehr da war. Doch später gab es dann eine grandiose Wahl mit 90% Beteiligung.



Brandt hat das durchgezogen, er ist nicht beiseite gegangen. Und ich sage Ihnen, die entscheidende Frage, die wir in der Demokratie beantworten müssen, lautet: Haben wir den Mut, das Problem zu erkennen, in dem wir uns international bewegen? Wir denken nationalstaatlich, wir handeln nationalstaatlich, wir schwören zum Wohle des deutschen Volkes, wir können es aber nationalstaatlich überhaupt nicht organisieren, weil irgendwo auf der Welt Leute an den Automaten sitzen und das Geld rumschicken. 25 % des Gewinns in den USA entsteht durch Wetten auf Geld. Und da sitzt du als kleiner Abgeordneter und sagst: Was musst du jetzt machen? Da musst du dich nicht umgucken, was mit den Parteien ist, sondern was muss getan werden, damit man Demokratie auf den Kern bringt. Und der Kern der Demokratie ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen. Wie kannst du in einer solchen Welt Politik organisieren? Die klassische Kaskade der politischen Parteien nützt heute nichts mehr. Es ist eine Illusion zu glauben, wir machen das so im Ortsverein und dann gibt es einen Antrag, der dann in den Unterbezirk, den Bezirk, an Landespartei, an Bundespartei geht und dann machen wir einen Beschluss und dann geben wir den Beschluss der Bundesregierung, dass die das macht. Die ist Mittelalter! Wir müssen neue Formen der Zusammenarbeit und der Netzwerkorientierung finden, um das Ganze auch zeitlich erfüllen zu können. Wir leben in einer Zeit, in der wir keine menschenwürdigen Tempi mehr haben. Die brauchen wir aber. Wenn das Geld sich schneller bewegt, als der Mensch es erkennen kann, kann Demokratie nicht mehr funktionieren.

Ich habe in der Fraktion darüber gesprochen, weil der Bundestag beschlossen hat, dass neun Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Sonderkommission bilden, die jederzeit informiert wird über alle großen Verwerfungen am Aktienmarkt. Da habe ich gesagt: Ja, wieso nicht wir alle? Jeden Tag kann etwas passieren, jeden

Morgen um halb neun. Ich bin gewählter Abgeordneter, ich muss auch sofort informiert werden. Zwei von uns sind zum Gericht gegangen, das Gericht hat gesagt: Das geht nicht, das ganze Parlament ist einzubeziehen. Aber Faktum ist, dass das gewählte oberste Gremium, das Parlament, aus zeitlichen Gründen nicht mehr in der Lage ist, alles aufzunehmen und nachzuvollziehen. Das sind die Gefahren der Demokratie, das kann kein Parteitag beantworten. Wir brauchen ganz andere Formen des Zusammenwirkens und da wird auch eine Volksabstimmung nicht immer helfen. Denn es ist auch die Frage, wer finanziert das eigentlich? Wer macht das eigentlich? Das ist eine schwerwiegende Problematik, in der wir uns im Augenblick bewegen. Ich hoffe immer noch darauf, dass in den Parteien genug Substanz ist, um das verändern und neu gestalten zu können.

Münch: Wir suchen also nach Formen, die Demokratie zu vitalisieren, Sie haben es eben ganz deutlich gesagt, Herr Dettling, haben Sie denn auch eine Idee?

Dettling: Ich denke, was an sich nachgerade selbstverständlich geworden ist, dass die Bürger bei Großprojekten früher und gründlicher und auf eine andere Weise beteiligt werden müssen. In zehn Tagen ist in Baden-Württemberg eine Volksabstimmung, das ist eine Mobilisierung jenseits der Parteien, nicht primär durch die Parteien wie bei einer Landtagswahl. Man kann nicht so einfach sagen, dass diese Leute alle inkompetent sind. Es ist schon richtig, dass eine gute Partei die politische Bildung ihrer Mitglieder verbessert. Das war ja die große Leistung auch der Sozialdemokratie und der Volksbildung. Aber andererseits ist das natürlich auch bei anderen und im Netz sehr leicht organisierbar und abrufbar. Wir müssen einfach mehr Phantasie entwickeln, wie man Demokratie nicht ersetzen, sondern neu gestalten und erweitern kann.

Münch: Fangen wir doch in den Niederlanden an, Frau Beaufort, Herr Nijhuis.

Beaufort: Ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass die Politik auch in der ganzen Wirtschaftskrise, die wir jetzt haben, die Initiative wieder ergreift. Dabei ist es aber auch sehr wichtig, den Bürger nicht zu vergessen. Politiker haben Ideen und können auch auf europäischer Ebene zu Entscheidungen kommen, aber wenn die Politiker nach Hause zurückkehren, müssen sie es erklären. Das ist auf jeden Fall in den Niederlanden ein richtig großes Problem, da die Bevölkerung ja das ganze Projekt Europa nicht von Anfang an mitgemacht hat. Das ist von oben gekommen und die niederländischen Bürger fragen sich jetzt, wie soll das weitergehen mit der ganzen Krise? Die Antwort ist für die Mehrheit der Bürger, dass es nicht einfach so weiterlaufen kann, nur weil Europa gut ist und wir den Euro behalten müssen. Die Bürger möchten von den Politikern mehr und auch andere Antworten. Aber wenn die Politik das vergisst, denke ich, haben wir bei den nächsten Wahlen in Holland ein riesiges Problem.



Münch: Also das Stichwort „Alternativlosigkeit“. Politiker und Politikerinnen sagen, das müssen wir so machen, alternativlos, es geht gar nicht anders. Sie sagen aber, die Bevölkerung will eine Diskussion über Möglichkeiten und über andere Chancen.

Beaufort: Genau, jetzt sind die Liberalen zum Beispiel in den Niederlanden in der Regierung. Seitdem darf keine Debatte innerhalb der liberalen Partei mehr entstehen, wie es weitergehen soll mit dem Euro. Die Regierung und unser Premierminister haben gesagt, wir gehen weiter und wir machen da mit, und wenn jemand versucht, die Debatte zu starten, nur die Debatte, nicht mal irgendwie anti-europäisch, kriegen die Politiker gleich eine Krise und versuchen möglichst die Debatte abzulenken. Ich denke, die Wähler werden das beim nächsten Mal nicht vergessen haben.

Münch: Mal ein ganz kleiner Exkurs, Sie erlauben den? Herr Wilders sagt Nein zum Euro und damit steigt sein Ansehen, das ist ja die Crux.



Beaufort: Unter den Wählern ja. Und natürlich stehen jetzt die Liberalen und Mark Rutte vor der Herausforderung, nach neuen Mehrheiten zu suchen. Das ist, glaube ich, auch gut. Aber wenn er das nicht gut rüberbringt gegenüber allen Wählern in den Niederlanden, auch seinen eigenen, dann hat Wilders bei den nächsten Wahlen einfaches Spiel zu gewinnen.

Münch: Herr Nijhuis, auf die Frage bezogen.

Nijhuis: Um gleich anzuschließen, Herr Wilders sagt Nein zum Euro. Er hat diese Woche auch vorgeschlagen zu forschen, wie teuer es wäre, den Gulden wieder als Währung zu nehmen. Sie lachen jetzt, Herr Poguntke, das haben unsere Politiker auch getan. Sie haben gesagt, was für ein Blödsinn, so einen Vorschlag kann man überhaupt nicht diskutieren, das sollten wir auch nicht tun. Die Wähler denken aber, wieso nicht, wieso diese Alternativlosigkeit? Und erst nach einigen Tagen haben manche gesagt, ja vielleicht sollten wir schon forschen, dann wird sich herausstellen, dass das sehr viel teurer ist als die Maßnahmen, die jetzt gestartet werden, und dann können wir erklären, wieso wir versuchen, den Euro zu retten. Aber wieso von vorneherein sagen, das ist Populismus, das ist Blödsinn, das ist Schwachsinn, das sollten wir nicht tun. Sagen, dass es keine Alternative gibt, überzeugt nicht. Ein zweiter Punkt, wir reden jetzt über Fragen, die noch im Parlament auf nationaler Ebene entschieden werden. Da gibt es immer die Frage, wer ist das Wir, das in einer repräsentativen Demokratie repräsentiert wird? Das ist die nationale Bevölkerung. Aber als Politiker und als Regierung hat man auch internationale Verpflichtungen. Man kann nicht nur zuverlässig gegenüber den eigenen Wählern sein. Populistische Parteien haben es da sehr viel einfacher, weil sie sagen, wir haben nur das eigene Volk und das repräsentieren wir. Das stellt die etablierten Parteien vor eine große Herausforderung.

Mein dritter Punkt ist die Forderung nach mehr direkter Demokratie. Damit bin ich völlig einverstanden. Ich glaube aber auch, direkte Demokratie funktioniert nur auf einer lokalen und regionalen Ebene und nicht auf internationaler Ebene, nicht in Brüssel.

Münster: Ich glaube, dass in einer globalisierten Welt die großen und die kleinen Einheiten an Gewicht gewinnen. Wir brauchen eine Regelung in Europa und international, es wird keine Weltregierung geben, aber wir brauchen Formen des Zusammenwirkens, und zwar vor Ort. Eine Stärkung der Politik vor Ort wird auch ein sehr positives Element sein können für Demokratie, wenn man das nicht missbrauchen lässt für soziale Spaltung.

Wir brauchen eine Wirtschafts- und Finanzregierung in Europa. Die Franzosen haben das schon einige Jahre auf ihrer Ideenliste und nun hat es die Kanzlerin auch aufgenommen, und irgendwie setzt sich das Ganze in Bewegung. Aber was wird die Aufgabe einer solchen Regierung sein? Ich bezweifle, dass wir auf einer Ebene wie Europa Wirtschafts- und Finanzpolitik machen können, während die Länder die Sozialpolitik machen sollen. Wo das endet, das haben wir in Griechenland gerade erlebt. Die wichtigste Frage ist aber, was wollen wir eigentlich? Da bin ich sehr dafür, dass Europa das macht. Wir haben nur eine Chance von 10, 20 Jahren. Ich sage Ihnen, wenn das scheitert, dann wird es für die Demokratie ganz schwierig werden. Und dann können wir ganz von vorne anfangen.

München: Jetzt haben Sie, Herr Müntefering, die Warnblinkanlage angemacht, was den Zustand der Demokratie und gar nicht mal die Vitalisierung, sondern den Erhalt von Demokratie angeht. Liegt denn vielleicht in der Schwächung der großen Parteien auch eine Chance? In den Niederlanden ist es eben ein Herr Wilders, der Tabus

bricht, der Fragen stellt, die auch die großen Parteien zwingen, auf Ideen zu kommen und zu sagen, na gut, rechnen wir es doch mal durch. Liegt darin nicht vielleicht auch eine Chance?

Dettling: Ich würde das Rezept nicht empfehlen, das Sie vorgeschlagen haben. Jetzt kommt Herr Wilders daher und sagt, dass der Gulden viel billiger ist, und dann spüren alle großen demokratischen Parteien und rechnen ihm mathematisch vor, dass der Euro im Grunde doch billiger ist. Dann kommt Herr Wilders und sagt, wenn wir mehr Polizisten einstellen, ist es auch billiger, weil man dann die Gefängnisse leer machen kann, und am billigsten ist die Todesstrafe. Ich habe viel in Österreich gelebt und beobachtet, wie dort die beiden großen Parteien auf dem Weg zur Boulevardisierung ganz wörtlich weiter sind als alle hier. Die Anpassung an Haider und an den Stracher, der ja noch viel schlimmer ist, hat nur dazu geführt, dass die jetzt bei 30 % sind und möglicherweise die stärkste Partei irgendwann werden. Wenn unsere Parteien und Politiker nicht in der Lage sind, Europa positiv zu begründen, auch wenn es nicht mehr um Krieg und Frieden geht, wenn man nicht das Sozialmodell attraktiv darstellen kann, dass Europa die einzige Region ist, in der Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und auch Wohlstand, materieller Wohlstand, existieren – das gibt es sonst nirgendwo auf der Welt – und wenn wir das nicht begründen und dafür werben können, ohne dass man dafür einen Herrn Wilders braucht, da fängt man an, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Also ich kann das nicht empfehlen.

Müntefering: Zustimmung.

Dettling: Der große sozialdemokratische Intellektuelle, Richard Löwenthal, der hat mal gesagt, dass es in der

Bundesrepublik Deutschland formative Jahre gegeben hat, prägende Jahre, die danach eine lange Zeit die Entwicklung bestimmt haben. Also formative Jahre waren 49 bis 53, ganz bestimmt auch 69 bis 72 mit inneren Reformen und der Entspannungspolitik. Leider Gottes hat die Wiedervereinigung keine prägenden Jahre, keine Gelegenheit eingeleitet, zum Beispiel über die Verfassung des Gemeinwesens neu nachzudenken, das wurde versäumt. Aber ich glaube, dass die nächsten Jahre so oder so prägende Jahre in Deutschland und Europa werden.

Wenn nichts geschieht, dann geht es halt so weiter und dann wird eben nicht gestritten, möglicherweise sind Müntefering und ich altmodische Altbundesrepublikaner. Merkel verwechselt Ideen mit Ideologien, immer wenn sie in der DDR Ideen gehört hat, hat sie an Ideologien gedacht, deshalb ist sie eine Pragmatikerin, wie wir sie



im Kanzleramt noch nicht hatten. Helmut Schmidt war im Vergleich dazu ein Mann von großen Grundsätzen und Prinzipien, der den Staat und die Staatsräson und auch die Ökonomie massiv verteidigt hat, aber Merkel geht einen Weg, der von der Technokratie schon nicht mehr unterscheidbar ist. Politik hat immer auch mit Leidenschaften zu tun, mit Gefühlen, und wenn man glaubt, man kann Politik gewissermaßen nur als Verwaltung von Sachproblemen machen, geht etwas verloren. Es kann auch sein, dass man die Leute nicht mehr mitreißt und dass dann in der Tat solche Leute wie Wilders einfach virtuoser sind in der Mobilisierung der Leidenschaften. Demokratie ist nichts, wofür man Halleluja singt und Fahnen hisst. Demokratie ist eine nüchterne Staatsform, ein Modus Vivendi der untereinander Uneinigen und das ist natürlich sehr viel. Sie, Herr Müntefering, haben gesagt, dass die wichtigen Fragen auf die supranationale Ebene und die lokale Ebene gehören, das ist genau auch meine Meinung. Ich frage mich zum Beispiel, wozu wir die Länder brauchen und ob es nicht eine Perspektive wäre, die Länder abzuschaffen.

Müntefering: Aber Herr Dettling, hier für den Ausstieg aus dem Föderalismus sprechen, das ist schon ein starkes Stück.

Münch: Ja, das ist das Besondere hier an dieser Runde.

Müntefering: Mein Gefühl wäre, wir müssten mehr sprechen über die europäische Staatsbürgerschaft. Ich weiß nicht, in welche Richtung es letztlich geht, ich hoffe nur, dass die Europäer es schaffen, eine demokratische Legitimation auf europäischer Ebene zu finden, ob es nun Bundesstaat, Staatenbund, Staatenverbund, ein Unikat oder ein Unikum wird, irgendwas müssen wir jedenfalls hinkriegen.

Münch: Das sind nachdenkliche Überlegungen, die ich gerne aufgreifen würde. Auch was Herr Dettling gesagt hat, dass wir vor 20 Jahren die prägende Funktion, die es hätte haben können, für demokratische Entwicklungen irgendwie verpasst haben. Vielleicht war die Zeit damals nicht reif, vielleicht sind es aber jetzt prägende Jahre. In welche Richtung muss es gehen, was ist aus Ihrer Sicht unabwendbar wichtig dazu?

Nijhuis: Die jüngere Generation nennt sich eher europäisch als die ältere. Vielleicht gibt es einen Prozess, einen sehr langsamen Prozess, der in diese Richtung führt. Aber gleichzeitig wurde hier auch von einer europäischen Sozialmoral und sozialer Gerechtigkeit gesprochen, die nirgendwo größer sei in der Welt als in Europa, doch tatsächlich ist die soziale Solidarität in Europa minimal. Die Unterschiede zwischen den Gehältern sind in der EU sehr viel größer als in Amerika. Und die niederländischen Bürger neigen eigentlich nicht dazu, die Bulgaren oder andere Länder am Wohlstand zu beteiligen. Europäer ja, wenn man nach Berlin oder nach Rom fahren kann, und mit der Kreditkarte kommt man überall hin, aber wenn es um Sozialleistungen, Transfer usw. geht, dann sehe ich das vorerst noch nicht. Aber wir müssen, und das ist wichtig, Europa in einer Sprache definieren, die zukunftsgerichtet ist. Bisher ist Europa eher die Lösung für Vergangenheitsprobleme, und die Politiker benutzen noch immer diese Sprache von Krieg und Frieden. Das ist nicht die Zukunft von Europa.

Münch: Also ganz klar und offensiv auf die europäische Karte setzen?

Dettling: Ich denke, es ist unbestritten, es gab ja lange Diskussionen über die Erweiterung oder die Vertiefung Europas. Diese Diskussion wurde nicht konsequent zu Ende geführt. Im Rückblick muss man sagen, dass der

französische Präsident Charles de Gaulle damals wahrscheinlich eine weise Entscheidung getroffen hat, als er Nein zum Beitritt Englands gesagt hat. Weil England sehr viel stärker an Amerika als an Europa orientiert ist. Man muss die Länder, die partout aus der EU oder der Eurozone austreten wollen, wahrscheinlich ziehen lassen, weil es ja keine Möglichkeit gibt, sie mit Gewalt festzuhalten. Aber wir müssen einen Gedanken stärker ventilieren und das ist eine, ich sage es ganz ketzerisch, eine positive Konnotation, also eine positive Besetzung des Begriffes „Transferunion“. Wir in Deutschland haben den Sozialstaat ja begründet in den 1880er-Jahren mit einem Transfer für die Schwachen, für die Kranken, für die Arbeitslosen. Das haben wir aus guten Gründen gemacht. Bismarck war nicht ein sozialer Barmherzigkeitsapostel, sondern er war ein Realpolitiker, der sich gesagt hat, wenn wir hier keine sozialen Reformen machen, kann das Deutsche Reich nicht stabil sein. Es geht um Reform oder Revolution. Und die Frage ist, ob man etwas Ähnliches hinkriegt in Europa, dass man den Ländern sagt, wir helfen euch jetzt aus einem europäischen Gedanken der Solidarität, aber das setzt auch voraus, dass diejenigen, denen geholfen wird, sich selber anstrengen.

Münch: Haben Sie vielen Dank. Die einen oder anderen Gedanken werden sich mit Sicherheit beim nächsten NRW-Forum wiederfinden. Vielen Dank allen, die sich zur Verfügung gestellt haben, allen, die mitgedacht haben, allen, die mitgeredet haben.